

Ingo Schmidt

Tunesien und Ägypten:

Vom Hunger nach einem anderen Leben

*Das eine wisset ein für allemal:
Wie ihr es immer dreht und wie ihr's immer schiebt,
Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.
Erst muss es möglich sein auch armen Leuten,
Vom großen Brotlaib sich ihr Teil zu schneiden.*

Bertolt Brecht

Januar 1977: Ägyptens Staatspräsident Sadat einigt sich mit der Weltbank auf einen Kredit, der an die Streichung von Lebensmittelsubventionen gebunden ist. Nach zweitägigen Massenprotesten zieht er diesen Plan zurück.

Januar 1984: Der Internationale Währungsfonds macht die Vergabe eines Beistandskredits, den Tunesien zur Sicherung seiner Zahlungsfähigkeit benötigt, von Subventionskürzungen abhängig. Die dadurch verursachte Verdoppelung der Brotpreise führt zu einem Volksaufstand, den Staatspräsident Bourguiba gewaltsam niederschlagen lässt.

Januar 2011: Elend, Arbeitslosigkeit und düstere Zukunftsaussichten unter den autoritären Regimes in Tunesien und Ägypten lösen eine Demokratiebewegung aus, deren wochenlange Proteste die Präsidenten Ben-Ali und Mubarak aus dem Amt vertreiben.

1977 trieb Sadat die Abkehr vom arabischen Sozialismus, den sein Vorgänger und Mentor Nasser anstrebte, gezielt voran. Die Orientierung am kapitalistischen Westen war von erheblichen Teilen des unter Nasser entstandenen Staatsapparates frei gewählt. Diese Wahl hatte Tunesiens Präsident Bourguiba bereits Ende der 1960er Jahre getroffen; dafür war er 1984 der von Schuldenkrise und Internationalem Währungsfonds getriebene. 2011 wurden die Staatschefs, die zum Symbol des Reichtums der Wenigen geworden waren, von den Vielen, denen der kapitalistische Weltmarkt nichts als Elend und Perspektivlosigkeit gebracht hatte, aus den

Ämtern getrieben. Ben-Ali und Mubarak sind Geschichte, der Weltmarkt nicht. Zumindest solange nicht, bis die jungen Demokratiebewegungen Tunesiens und Ägyptens die Gesetze von Angebot und Nachfrage, die den Brotkorb immer höher hängen, suspendieren und den Zugang zu Brot und Arbeit für alle erkämpfen. Damit stehen sie vor den gleichen Herausforderungen, an denen der arabische Sozialismus vor gut drei Jahrzehnten gescheitert ist. Gegenwärtig stößt allerdings auch die Integration der arabischen Welt in den kapitalistischen Weltmarkt an ihre Grenzen. Dass diese drei Jahrzehnte lang zunehmende Armut erzeugt hat, ist nicht einmal das Problem, jedenfalls nicht aus Sicht westlicher Kapitalisten und ihrer arabischen Stellvertreter. Sorge bereitet ihnen vielmehr, dass sie in ihrer maßlosen Gier nach Profit nicht einmal das Entstehen einer Mittelklasse erlaubt haben, ohne deren Unterstützung der Kapitalismus politisch nicht überleben kann. Wenn es nach dem Abgang Ben-Alis und Mubaraks nicht schnellstens gelingt, die studierte Jugend Tunesiens und Ägyptens von gemeinsamen Protesten mit Arbeitern und verelendeten Massen abzubringen und statt dessen in einen Herrschaftsblock mit dem großen Geld zu integrieren, wird es eng für den Westen.

Ausgerechnet jetzt: Geld und Truppen für Demokratisierungsfeldzüge à la Afghanistan und Irak aufzubringen, dürften den Regierenden von Washington bis Berlin nahezu unmöglich sein. Am Geld könnte auch die nachholende Etablierung von Mittelklassen in Nordafrika scheitern. Nicht, dass keins da wäre. Größere Verluste im Laufe der Wirtschaftskrise 2008/9 sind den Reichen dieser Welt dank staatlicher Zuwendungen ja erspart geblieben. Sichere Anlageobjekte sind aber immer noch Mangelware. In solchen Zeiten darf man keine falschen Hoffnungen wecken, jedenfalls nicht bei mittellosen Aspiranten auf den sozialen Aufstieg. An der Hoffnung auf die Verwertung der eigenen Finanzmittel trägt man als Investor schon schwer genug: Die Konjunktur in den reichen Ländern ist mickrig, Staatsanleihen sind infolge tieferer Staatshaushalte, zu der die Übernahme privater Verluste durch die öffentlichen Hände erheblich beigetragen hat, höchst unsicher. In mittelreichen Ländern wie China, Indien und Brasilien brummt die Wirtschaft dagegen so hart an der Inflationsgrenze, dass die dortigen Regierungen über eine Begrenzung des Kapitalzuflusses nachdenken bzw. sogar erste Schritte in diese Richtung unternommen haben. Da bleibt nur noch die Spekulation auf steigende Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise. Damit lassen sich gegen gegenwärtig tolle Renditen erzielen – für die in armen Ländern aber ein politischer Preis zu zahlen ist. Schon vor den tunesischen und ägyptischen Massenprotesten warnte der Internationale Währungsfonds vor Hungerrevolten mit unkalkulierbaren politischen Folgen. Selbst nachdem sich diese Prognose als zutreffend herausgestellt hat, was

selten genug vorkommt, wollen Investoren vom Geschäft mit dem Hunger nicht lassen. Aus Mangel an profitablen Alternativen. Und für die Eindämmung politischer Kollateralschäden bezahlt man schließlich die Regierung. Überhaupt finden die Investoren, dass sie zu unrecht für steigende Preise verantwortlich gemacht werden. Daran seien die Chinesen Schuld, deren Industrien und steigende Einkommen die Nachfrage nach Rohstoffen und Lebensmittel die Weltmärkte leer fegen und die Preise in die Höhe treibe. Richtig ist an diesem Argument nur, dass der chinesische Sozialismus, im Gegensatz zu seinem arabischen Ableger, einen veritablen Kapitalismus inklusive Ressourcenverschwendungswirtschaft nach westlichem Vorbild hervorgebracht hat. Damit verbunden war die Entstehung einer Mittelklasse, die zur Verteidigung der Errungenschaften des chinesischen Kapitalismus bereitsteht, wenn es im Land zu sozialen und politischen Krisen kommen sollte. Von so viel Unterstützung kann das in Tunesien und Ägypten angelegte Kapital nur träumen. Andererseits verfolgt die chinesische Führung die politische Entwicklung in Nordafrika und den Weltmarkt für Lebensmittel mit Sorge. Bislang konnte die Massen der chinesischen Bauern, die infolge der kapitalistischen Durchdringung der Landwirtschaft ihre Einkommensquelle verloren haben, in den städtischen Zentren beschäftigt werden. Informelle Sektoren, die wie in Ägypten oder Tunesien rund 80% der Bevölkerung zu weitgehend unproduktivem Kleinhandel verdammen, sind den akkumulationswütigen Neukapitalisten in China unvorstellbar. Dass Land- und Arbeitslosigkeit eine politische Gefahr darstellen, ist den chinesischen Neukapitalisten allerdings sehr bewusst. In der Wachstumsdelle, zu der die Weltwirtschaftskrise 2008/9 in China geführt hat, sahen sie die Gefahr von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Unruhe. Dabei bereiten die beschäftigten Massen mit ihren Lohnforderungen schon genug Probleme. Steigende Lebensmittelpreise können die Konflikte im Betrieb nur anheizen.

Dass Afrika einmal zum bösen Omen eigener Entwicklungsprobleme werden könnte, hätten sich die chinesischen Kommunisten in den 1970er Jahren bestimmt nicht träumen lassen. Damals unterstützten sie antikoloniale Bewegungen im südlichen Afrika in deren Kampf gegen westliche Imperialisten und die als sozialimperialistisch abqualifizierte Sowjetunion. Die dabei geknüpften Kontakte erwiesen sich Jahrzehnte später als Sprungbrett chinesischer Kapitalanlagen in vielen afrikanischen Ländern. Mit Neid sehen westliche Investoren wie ihre chinesische Konkurrenz den proletarischen Internationalismus vergangener Tage in einen Wettbewerbsvorteil ummünzt. Trotzdem ist es verkehrt, die Probleme Afrikas allein den Chinesen in die Schuhe zu schieben. Beim Landerwerb, der erheblichen Teilen der Bevölkerung die Existenzgrundlage raubt, fängt das Gerangel schon innerhalb

des Kontinents an. Zur Sicherung von Lebensmittelimporten, die rund die Hälfte des Gesamtverbrauchs ausmachen, hat die ägyptische Regierung vor einigen Jahren Anbauflächen im Sudan aufgekauft. Wie viele andere Länder Afrikas hat Sudan nichts zu verschenken, ist aber zu schwach, sich dem Zugriff ausländischer Investoren zu entziehen. Aus Sicht dieser Ärmsten der Armen ist Ägypten nicht weniger imperialistisch als Britannien, China und Saudi-Arabien, die drei größten Landaufkäufer in Afrika. Aus Sicht hungernder oder vom Hunger bedrohter Bevölkerungsmassen macht die Rangstufe, die ihre jeweiligen Regierungen in der imperialistischen Kette errungen haben, ohnehin keinen großen Unterschied. Für sie muss was zum Essen her. Dann kann bzw. muss man über Demokratie reden. Die Reichtumsanhäufung bei den Wenigen hat nämlich dazu geführt, dass die Lebensgrundlagen für Viele bedroht sind; und nicht nur in Afrika. Ökologische Zerstörung und die Verarbeitung von Lebensmitteln zu Treibstoffen werden irgendwann, vielleicht sogar sehr bald, zu jenen Knappheiten führen, die Spekulanten gegenwärtig zur Rechtfertigung steigender Preise anführen. Es geht aber nicht um Preise, sondern um die gerechte Verteilung der heute vorhandenen Lebensmittel und den Übergang zu einer Produktionsweise, die es den Menschen auch in Zukunft erlaubt ein auseichend großen Brotlaib zu backen und sich ihr Teil zu schneiden. An der Verständigung darüber, wie dies zu bewerkstelligen ist, müssen alle, die das Brot backen, schneiden und essen, teilnehmen.